

# Presseinformation

03. März 2016

## Wahlprüfsteine des BUND-Südpfalz:

### **Bewerber drücken sich oft um klare Antworten**

#### **Vernebelung in der B 10-Frage bei CDU und SPD**

„Der BUND ist sich dessen bewusst, dass die Politik augenblicklich in einer Fülle nicht leicht zu bewältigender Probleme steckt. Daher vielen Dank den südpfälzischen Kandidaten, die sich auf unsere kleinteilig gestellten Fragen zu sechs Themenblöcken eingelassen haben, Kritik aber an den nicht wenigen, die ohne jegliche Reaktion geblieben sind. Wir sprechen bewusst keine Wahlempfehlungen aus und vertrauen auf das Urteilsvermögen der Bevölkerung“, sagte BUND-Kreisgruppenvorsitzende Karin Marsiske bei der Auswertung der eingegangenen Antworten.

Unangenehm dabei aufgefallen ist Folgendes: Bewusst eng und konkret gestellte Fragen zur Vermeidung von nichtssagenden Allgemeinplätzen wurden einfach übergangen, ignoriert. Konkrete Argumente wurden links liegen gelassen. Keine Antwort ist eben auch eine Antwort.

Auffällig und ärgerlich ist das Verfahren von SPD und CDU, nicht die Einzelkandidaten zu den ganz speziellen Themen vor Ort in ihrem jeweiligen Wahlkreis sprechen zu lassen. So schickt die SPD von Mainz aus ihren Generalsekretär vor; und für alle südpfälzischen CDU-Kandidaten darf Martin Brandl aus Rülzheim schreiben (*Sven Koch lieferte erst nach Endredaktion dieser PM, und zwar durchweg mit den gleichen Textbausteinen wie sein Parteifreund*).

Mit diesem Verfahren werden beispielsweise Christine Schneider, Wolfgang Schwarz oder Alexander Schweitzer - trotz gezielter Befragung durch den BUND - davor bewahrt, **in Solidarität** Rücksicht nehmen zu müssen auf ihre Parteifreunde, die im Stadtrat von Landau oder im Kreistag SÜW per Resolution deutlich Stellung bezogen haben gegen eine „Pfälzerwald-Autobahn“ mit all ihren schlimmen Auswirkungen für die Menschen im engen Queichtal, für den Tourismus und für den Weinbau. Uns ist dieses Verhalten ein Beispiel für „gelenkte Demokratie“. Mit solchen klassischen **Vermeidungsstrategien** wirken künftige Volksvertreter nicht unbedingt vertrauenerweckend, sie fördern eine immer weiter um sich greifende Politikverdrossenheit.

Mutiger ist da schon Andrea Klein von den Grünen mit ihrer Position „Grundwasser darf nicht kostenlos sein“, während ihr Staatssekretär Griese in Mainz die Entnahmen von Millionen Kubikmetern Grundwasser für den Gemüsebau unter der „Bagatellgrenze“ sieht.

Interessant ist das Verhältnis des FDP-Kandidaten Dr. Volker Wissing zu Natur und Landschaft: Ganz entschieden für Naturschutz und Ökologie ist er bei seiner weitgehend grundsätzlichen Ablehnung der Windenergie; ansonsten aber spielt bei ihm Bewahrung der Schöpfung keine besonders auffällige Rolle: So ordnet er die Sorge um die durch Grundwasserabsenkung bedrohten Queichauen oder um die weiträumige Zerstörungs- und Zerschneidungswirkung einer vierspurig ausgebauten B 10 ein als „Verweigerung der wirtschaftlichen Entwicklung“. Der Windkraft unterstellt er im Übrigen mit einer ziemlich veralteten Zahl, dass nicht einmal 2 Prozent des Primärenergieverbrauchs von ihr gedeckt werden. Dabei verschweigt er, dass die Atomindustrie beim Primärenergieverbrauch auch nicht mehr beiträgt. Dass die Erneuerbaren Energien beim Strom bereits etwa ein Drittel des Bedarfs liefern, hat offenbar keinen Einfluss auf seine energiewendekritische Einstellung.

Nach Durchsicht der eingegangenen Antworten fällt auf, dass **Grüne und Linke** in jeweils mehreren Beiträgen ihrer Kandidaten bei allen sechs Themen mit den Positionen der Umweltbewegung weitgehend übereinstimmen. Eher gemischt sieht es aus bei SPD, CDU und FDP:

Zum Thema **Beregnung im Gemüseanbau** ist die SPD genau wie die CDU für eine „große Lösung“ (zentrale Wasserentnahme aus dem Rhein), betont aber deren „hohe Kosten“. Da die Grundwasserentnahmemengen bei der Feldberegnung für die SPD unter der sog. „Bagatellgrenze“ liegen, sieht sie - anders als bei privaten Haushalten - keine Notwendigkeit für die Erhebung eines Wasserzents für Millionen Kubikmeter Grundwasser. Ein Machbarkeitsgutachten der SGD-Süd für die Entnahme von Rheinwasser sei im Übrigen auf dem Weg.

Beim Thema **Klimaschutz** beschränkt sich die CDU auf die an sich sinnvolle Forderung einer Modernisierung der „ältesten Busflotte Deutschlands“ im rheinland-pfälzischen Busverkehr ein. Mehr hat sie zum Klimaschutz nicht zu sagen. Die SPD betont die „zentrale Rolle der Windkraft“ und die dezentrale Energieversorgung, die aber derzeit von ihrer Bundespartei kräftig ausgebremst wird. Wichtig ist ihr die „Hocheffizienztechnologie“ der Kraft-Wärmekopplung.

Im **Schieneverkehr** gibt es parteiübergreifende Einigkeit zum Lückenschluss zwischen Winden und Wörth. Von der CDU positiv gesehen wird ein Ausbau des S-Bahnnetzes, während die SPD die Regionalisierungsmittel des Bundes für Kreuzungsbahnhöfe zwecks Verkehrsverdichtung auf der Strecke SB – PS – LD als nicht ausreichend betrachtet. Dabei übersieht sie, dass es weitere Finanzierungsquellen wie das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gibt. Der CDU ist ein zweites Gleis im Queichtal wg. Güterzügen äußerst bedenklich. Die bei der Einführung des beispielgebenden Rheinland-Pfalz-Taktes ehemals federführende FDP ist mittel- bis langfristig für die „Schließung von Lücken“ in der Nahverkehrsinfrastruktur und für die Erweiterung des S-Bahnnetzes in der Südpfalz.

Interessanterweise verlangt Frank Eschrich von der Linken (WK 48) „ticketlosen Nahverkehr, finanziert aus Steuermitteln, einer Nahverkehrsabgabe aller Haushalte und Beiträgen aus Handel und Wirtschaft“.

Bei der Forderung auf Umleitung des die B 10 belastenden **Schwerlast-Transitverkehrs** sind sich CDU und SPD auffällig darin einig, das sei „rechtlich nicht möglich“; Transit „sei im Grundsatz nicht zu verhindern“. Beide berufen sich dabei immer noch auf ein Gutachten bei der zweiten Mediationsrunde, für das damals jedoch in einem Gegengutachten eine „*Schwachstellenanalyse*“ gefordert worden war. Offenbar hat man eine solche Analyse, weil sie einem nicht in den Kram passt, bislang wohlweislich vermieden. Die FDP bleibt bei diesem Thema immerhin im Allgemeinen mit ihrer Forderung, die Verkehrsführung solle so erfolgen, dass „Mensch und Umwelt geschont“ werden.

Zu **TTIP und Ceta** meint die SPD, „getroffene und zukünftige Rechtssetzungen dürfen nicht in Frage gestellt werden“. Dem fügt die CDU hinzu, dass die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu bleiben habe. Hoffentlich können beide sich auf ihre Berliner Parteifreunde verlassen. Die FDP glaubt, die laufenden Verhandlungen seien eine gute Gelegenheit, für „unsere“ Standards zu „werben“. Daran wären diese Parteien zu erinnern, wenn es auf die Stimme von Rheinland-Pfalz im Bundesrat ankommen sollte.

Ulrich Mohr, BUND Südpfalz